

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellsseite oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellsseite 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Reichszerstörer in Bayern an der Arbeit.

München, 25. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Immer mehr verstärkt sich die Bewegung nach Losrennung Bayerns vom Reich. Nicht so sehr in den Volksmassen, als in den geheimen politischen und wirtschaftlichen Konzentrischen, wo die Fäden zwischen den bayerischen und den französischen Monarchisten gesponnen werden. Mit der Veröffentlichung der Denkschrift des ehemaligen Kronprinzen Ruprecht sind es an, nachdem ein Jahr lang scheinbar Ruhe geherrscht hatte. Der Denkschrift folgte die Wittelsbacher Demonstration anlässlich der Zusammenkunft der bayerischen Leibregimentvereinigungen, zu der, entgegen den faulen Dementis der reaktionären Presse, auch der Erz-König Ludwig erschienen war. Nunmehr teilt die Wschaffenburg-er Volkszeitung mit, daß in der nächsten Zeit Millionen französischer Franken in Bayern die Agitation für eine bayerisch-Wittelsbacher Monarchie und damit eine Postrennung Bayerns vom Reich zu fördern sollen. Bereits seien in Mainz und in der Pfalz eigene Stellen eingerichtet worden. Im Münchner Ringhotel hätten Verhandlungen stattgefunden, bei denen Milliardenangebote gemacht worden seien. Die deutsche Telegrapheninformation des deutschnationalen Herrn Zurlin in München unterhält die Führungen zu den bayerischen Reichszerstörern und zu den französischen Stellen des besetzten Gebiets. Beteiligt sei auch der streng katholische Baron Kramer-Klotz, der seinerzeit die Augsburg-Münchener Maschinenfabrik erworben hat und damit Stimmens zuvorgekommen ist. Der von der deutschen Telegraphen-Information gegen die Wschaffenburg-er Volkszeitung angelegte Prozeß wird weitere Einzelheiten bringen.

Neue Polizeischikane.

München, 25. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Da der USP. in München jede Möglichkeit sucht, mit ihren Mitgliedern und Wählern in Verbindung zu kommen, wolle sie in der Form eines Plakates den Hebern gegen das Reich entgegenzutreten, die anlässlich der Teuerung von den bayerischen Antifeministen und Reaktionen in Szene gesetzt werden. Das Plakat enthält lediglich Feststellungen über die Wuchererei der Großbauern und der Agrarier überhaupt und war so gemäßig, wie nur möglich gehalten. Trotzdem hat es der Münchener Polizeigewaltige Poehner verboten, während die ausreizenden Plakate der Klerikalen und Sakentzueker ungehindert angeschlagen werden.

Abbruch der Verhandlungen über den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag.

Washington, 25. August. (Neuer.) Präsident Harding hofft, daß die Ratifikation des deutsch-amerikanischen Vertrags baldigst erfolgen wird. Er hält es für wünschenswert, daß der deutsche Reichstag und der amerikanische Senat den Vertrag gleichzeitig beraten. Deshalb wird der Senat nicht aufgefordert werden, auf seine Ferien zu verzichten. Er wird am 20. September wieder zusammentreten. In der amtlichen Erklärung des Reichens wird betont, daß der Vertrag nur ein vorläufiger Friedensvertrag sei, auf dessen Ratifikation ein Freundschafts- und Handelsvertrag folgen werde. Ferner wird mitgeteilt, daß mit Deutschland vereinbart worden sei, den Text nicht zu veröffentlichen, bevor der amerikanische Geschäftsträger in Berlin Dreifel und Minister des Neuen Dr. Kohn den Vertrag unterzeichnet haben. Der Text werde gleichzeitig in Berlin und Washington veröffentlicht. Wie verlautet, ist der Vertrag ein verhältnismäßig kurzes Dokument.

Deutsch-englisch-russische Handelsbesprechungen?

Berlin, 25. August. (ZL.) Nach einer Meldung des Berliner Lokal-Anzeigers wird Krasin in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen. Nach den Informationen des Berliner Lokal-Anzeigers dürften dann hier mit ihm Engländer und auch Deutsche einsehend verhandeln. Wie verlautet, sollen bereits demnächst zwischen deutschen und englischen Wirtschaftlern und Vertretern der Sowjetregierung persönliche Verhandlungen beginnen.

Ein neuer Entwurf für das Parteiprogramm der SPD.

Berlin, 25. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts veröffentlicht einen veränderten Programmtext und teilt mit, daß die Programm-Kommission noch einmal den ganzen Fragenkomplex durchberaten habe. An der Spitze heißt es jetzt: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihrer Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die sozialdemokratische Partei sieht als ihre erste Verpflichtung an, das Proletariat freizumachen für seine Aufgabe in der sozialistischen Gesellschaft.“

Eine kritische Würdigung des neuen Entwurfs ist erst möglich, wenn er im Wortlaut vorliegt. Jedenfalls ist es für die Pro-

gramm-Kommission recht blamabel, daß sie ihren ersten Entwurf zurückziehen mußte, ehe er auf dem Parteitag besprochen werden konnte.

Wiederaufnahme des Kampfes um die Moskauer Thesen in Jena.

Jena, 25. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Schluß der politischen Debatte, des Kampfes um die Moskauer Thesen, am Mittwoch vormittag war verfrüht. Die Forderung des Sprechers der Redaktionskommission, daß ihr Berichterstattungsgesuch debattelos und einstimmig angenommen werden würde, verfehlt. Als gegen Ende der Nachmittagsführung die Resolution gedruckt vorlag und die Linke den Schaden besah, ging sie hoch. Der unerschrockene Hamburger Thälmann vermaßte das Kletterprodukt nach allen Regeln der Kunst. Die Linke will auf ihren starken Protest gegen Trozki und anderes mehr nicht verzichten. Resigniert mußte der Vorsitzende am Schluß feststellen, daß der Parteitag die Debatte am Donnerstag wieder eröffnen werde. Zwischen durch hatte man den Geschäftsbericht der Zentrale erledigt, der an der durch die Sachlichkeit eines kommunistischen Provinzialblattes als Schwindel enthüllten Mitgliederzahl von 350 000 festhielt. Aus der Erörterung ist der Widerspruch zweier, allerdings des Letztens verdächtiger Redner gegen die Behauptung der Zentralsekretäre Pieck und Eberlein, daß die Märzaktion die Organisation gestärkt habe, zu vermerken. Die Beschwerdef Kommission legte eine einstimmig angenommene Resolution vor, die zur Sparsamkeit und Einnahmesteigerung mahnt. Moskau scheint seine Zuschüsse einschränken oder in einiger Zeit einstellen zu wollen. Man bereitet auf eine Einstellung von Organen und Institutionen vor, die sich nicht selbst erhalten können.

Stoedter hielt dann ein mehr ausführliches als inhaltsreiches Referat über die nächsten Aufgaben. Er gab ein nichts Neues enthaltendes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Partei soll vor allem im Kampf um die Lohnerhöhungen an der Spitze sein und außerdem ein Steuerprogramm vertreten, das durchaus von der USP. abgelehnt ist, nur daß man es entsprechend verdarb, zum Unbrauchbaren. Mehr als die Hälfte des Kapitals soll bei der Erfassung der Goldwerte dem Reich zufallen. Daneben soll die Inzahlung der Staatsschulden eingeleitet werden. Außerdem wird Aufwandssteuer und Freilassung aller Einkommen bis 24 000 Mark und Vermögen bis 100 000 Mark gefordert. Die Diskussion zeigte, daß die Erfassung der Goldwerte von der Linken als verdächtiger Staatskapitalismus abgelehnt wird. Die Erörterung der Donnerstag führte zu dem Aus dem verfrühten Schlußwort Meyers zur politischen Debatte ist noch bemerkenswert, daß er die Einigkeit der Partei feierte, die sich in der einmütigen Annahme der Moskauer Thesen zeigte, wobei er sorgsam die sehr verschiedene Auslegung verschwieg, und in der einmütigen Billigung der Zuschüsse.

Bekennnis zur Putschaktion.

Jena, 25. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber Nacht ist der neuaufgelassene Riß wieder verklebert worden, oder richtiger, die Linke hat den Hauptteil ihrer Forderungen an die Resolution über die Moskauer Thesen durchgesetzt. Die Redaktionskommission hat zugestimmt, daß der gegen Levi gerichtete Bannstrahl auf die ganze Sowjet-Gruppe ausgedehnt wird, und daß die kommunistische Partei, wenn sie das Proletariat nicht in einheitlicher Front in den Kampf bringen kann, die Pflicht hat, zu versuchen, selbständig große Teile der Arbeiterklasse in den Kampf zu führen. Während es vorher hieß, daß sie sie zur Aufnahme des Kampfes zu bestimmen versuchen soll. So wird die Offensivtheorie, d. h. die Putschaktion wieder proklamiert, was durch die Wendung der Resolution gegen die Kritik Trozki an der Märzaktion unterstrichen wird. Maßhahn, der die Anträge der Opposition, die gegen 12 Stimmen abgelehnt wurden, begründete, bezeichnete die Resolution sehr richtig als den Versuch, die Kritik des Weltkongresses an der Offensivtheorie zu verschleiern. Die Linke hatte den Triumph, daß diese Resolution, der sie ihr Gesicht gegeben hat, wie sich der Hamburger Thälmann befriedigt ausdrückte, gegen 7 Stimmen angenommen wurde. Die Zentrale hatte sich durch eine Erklärung Meyers schließlich unterworfen und Klara Zetkin, die ihren Protest gegen die Kritik wider Trozki und den Tadel Levis, bezw. der Sowjet-Gruppe aufrecht erhielt, unterwarf sich unter lautem Beifall der Partei, während Braß, Maßhahn, Adolf Hoffmann und andere ihre Ablehnung aufrecht erhielten. Kolaroff, der Vertreter der Exekutive, gab seinen Segen dazu.

Der Frieden mit Oesterreich unterzeichnet.

Wien, 24. August. Im Auswärtigen Amte wurde der Friedensvertrag zwischen Oesterreich und den Vereinigten Staaten unterzeichnet.

Die notwendige Neugestaltung der Sozialpolitik.

Von Aug. Karsten-Peine, M. d. R.

Die deutsche soziale Gesetzgebung ist buntscheckig, unübersichtlich und zerfahren wie kaum ein andres Gebiet der Gesetzgebung. Die soziale Gesetzgebung beruht zum Teil auf der Grundlage der Versicherung, zum Teil ist sie ein Gebiet der Fürsorge, teilweise aber auch aus beiden Arten zusammengesetzt. Einen einheitlichen Grundsatz im Aufbau der Versicherung finden wir nicht, ebenso fehlt ein einheitliches Prinzip in der Fürsorge.

Die maßgebenden Zweige der sozialen Versicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung) sind nur notdürftig aneinandergereiht ohne wirkliche innere Zusammenhänge und ohne einheitliche Gestaltung der Verwaltung. Die Verwaltungen der einzelnen Zweige arbeiten unabhängig voneinander, ja oft gegeneinander, ohne dem Wesen und der Methodik durchgreifender Sozialpolitik gerecht zu werden. Die einzelnen Versicherungszweige sind so verschieden, daß das Hinübergleiten der Versicherungsfälle aus der einen in die andre Versicherung (zum Beispiel von der Krankenversicherung zur Invaliden- oder Unfallversicherung, oder der Invaliden- und Unfallversicherung) teils mit erheblichen Härten und Unzulänglichkeiten verbunden ist.

Das Beitragsverfahren weist genau solche willkürliche Verschiedenheiten auf. In der Krankenversicherung leistet der Versicherungsspflichtige zwei Drittel und der Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge; in der Unfallversicherung hat der Arbeitgeber die Beiträge allein zu leisten; in der Invalidenversicherung finden wir die Halbierung der Beiträge neben einem für jede laufende Rente gewährten Reichtumszuschuß; in der Angestelltenversicherung entfallen wiederum die Beiträge zu gleichen Teilen auf Versicherter und Arbeitgeber. Innerhalb der einzelnen Versicherungszweige sind wiederum die verschiedenartigsten Gebilde und Einrichtungen zu finden. Ich denke da zum Beispiel an die Knappschaftsversicherungen, die ja jetzt verreichlicht werden sollen. Dann die Unfähigkeit in der Krankenversicherung. Da existieren die Allgemeinen Ortskrankenkassen für Stadt oder Kreis, Landkrankenkasse für Land oder Stadt, die vielen besonders Ortskrankenkassen, die Betriebs- und Innungskrankenkassen und Knappschaftskrankenkassen. Die Unfallversicherungsvereinigungen sind ebenfalls recht vielfältig. Jede Kasse und Einrichtung hat andre Beiträge. Die Umlage in der Unfallversicherung nach den Berufsarten und Betriebsgefahren abgestuft, die Krankenkassen zum Teil statt der Beitragsdrückung die Halbierung und damit Verschlebung des Einflusses der Arbeitgeber zugunsten der Arbeitnehmer. Die Verschiedenartigkeit der Leistungen und der Beiträge der einzelnen Krankenkassen um ihr übriges noch zu völligen Unübersichtlichkeit.

Das Gebiet der sozialen Fürsorge sieht nicht besser aus. Die Erwerbslosenfürsorge wird vom Reich, den Ländern, Kommunalverbänden und den Gemeinden getragen. Die Wöchnerinnenfürsorge trägt das Reich. Die Armen-, Pflege- und Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenversorgung fließt aus der Reichskasse.

Die verschiedenen Stellen sind mit Verwaltung der Fürsorge betraut. Die Erwerbslosen bekommen vom Arbeitsnachweis die Unterstützung, die Wöchnerinnenfürsorge regelt das Versicherungsamt und die Allgemeine Ortskrankenkasse, die Armen-, Pflege- untersteht der Kommunalverwaltung, in der Kriegsverfürsorge sind Fürsorgestellen, Verforgungs-, Hauptverforgungs- und Reichsverforgungsämter die maßgebenden Stellen.

In der Erwerbslosenfürsorge wird ein Beirat aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern von der Behörde bestimmt, der in keinerlei Zusammenhang mit der Armenkommission oder dem Vorstände der Krankenkasse steht, ebensowenig die beiden letzteren Zweige miteinander arbeiten. Die Fürsorgestellen auf Grund des Reichsverforgungsgesetzes sind wiederum von jenen ebengenannten getrennt zusammengesetzt und getrennt von jenen arbeitende Organe.

Die Ausbringung der Verwaltungskosten der Versicherungsbehörden (Versicherungsämter usw.) ist Sache der Kommunalverbände, der Länder und des Reiches.

Die Art der Beitragserhebung ist wiederum überall verschieden. In der Unfallversicherung besteht das Umlageverfahren. Am Schluß jeden Geschäftsjahres wird festgestellt, welche Beiträge jeder Betrieb auf den Kopf der Beschäftigten und der gewählten Lohnsumme zu leisten hat. Die Invalidenversicherung hat feststehende laufende Wochenbeiträge, deren Bezahlung durch Marken quittiert wird, die in den Quittungsarten geleistet werden. Die Krankenkassen erheben ebenfalls Wochenbeiträge, die verschoben, in der Regel vierwöchentlich, eingezogen und durch eine einfache Quittung bescheinigt werden. In der Angestelltenversicherung ist der Monatsbeitrag eingeführt, der auf Postfach